

Bedenkliche Weggabelung

Autoritär oder demokratisch

Die Juristin und Populismusforscherin Prof. Ina von Wiese hat im Interview der Woche im Deutschlandfunk¹ darauf hin gewiesen, dass wir uns an einer bedenklichen Weggabelung befinden, von der aus es entweder in Richtung Erneuerung der Demokratie, oder zum Populismus gehe, der zu ihrer Abschaffung führe, da es den Populisten in erster Linie um Macht geht, nicht um das Wohl der Gemeinschaft. Nur merkt man das erst, wenn sie an der Macht sind.

Der Psychologe und Kognitionswissenschaftler Prof. Dr. Rainer Mausfeld bestätigt von Wieses Ansicht in einem Vortrag über „Eliten-Demokratie und Meinungsmanagement“, den er schon 2018 hielt². Er verweist auf einen Streit in den USA, in dem im letzten Jahrhundert ein Journalist meinte, dass eine Demokratie, die von Eliten gelenkt werde der Weg in die Zukunft sei, während sein Gegner davon ausging, dass die Bürger genau so gute Entscheidungen fällen, wie die Eliten, wenn sie über alle wesentlichen Informationen verfügten.

Die Eliten-Demokratie verlangt vom Bürger nur bei Wahlen sein Kreuz zu machen und ließe ihn ansonsten in Ruhe seinen Geschäften nachgehen. Das mag für Manchen verlockend klingen, bringt aber keine besseren Ergebnisse, als eine Demokratie, bei der die Bürger entscheiden. Die Eliten hätten nur bei Fehlentscheidungen umfangreichere Ausreden, weshalb sie so entschieden hätten und, weshalb das doch nicht so ganz falsch gewesen sei. Untersuchungen zeigten, dass die Bürger genauso gute Entscheidungen treffen konnten, wenn sie alle wesentlichen Informationen kannten. (Diese müsste die Presse bereitstellen.) Zwar nicht als Individuen (Einzelne), aber als Kollektiv (Gruppe), wie schon Platon meinte. Doch schon 1918 schrieb John Dewey, dass "Die Formung der öffentlichen Meinung zu einem eigenen Wirtschaftszweig geworden ist." Und 1935 stellt er die Frage, "wie weit eine echte geistige Freiheit und soziale Verantwortung in einem größeren Umfang unter dem herrschenden Wirtschaftssystem überhaupt möglich ist." Daraus ergibt sich die Forderung, dass es auch in der Wirtschaft demokratisch zugehen müsse.

Solange die Presse ihrer Informations- und Kontrollaufgabe für die Demokratie nicht wahrnehme, könne der Bürger (als Gruppe) nicht mündig entscheiden. Da sich immer mehr statt dessen in den so genannten „Sozialen Medien“ zu informieren versuchten, so kritisierte, von Wiese, sei Gerüchten und Falschinformationen Tür und Tor geöffnet.

1 <https://bilder.deutschlandfunk.de/60/08/a9/29/6008a929-820f-4ac9-bef8-52aaf68a4a76/interview-der-woche-wiese-25-03-02-100.pdf>

2 <https://www.ardmediathek.de/video/tele-akademie/prof-dr-rainer-mausfeld-elitedemokratie-und-meinungsmanagement/swr-fernsehen/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvdzExNDA0NDc>

Für Deutschland beschreibt Mausfeld, wie es zu einer Annäherung zwischen den Reichen (und damit Mächtigen) und den Parteigrößen kam, die zum Erstarren des Neoliberalismus (einer bis dahin wenig beachteten Theorie) führte, die Entscheidungen weg von den Verantwortlichen hin zu einer anonymen Macht (dem Markt) verlagert. Damit sind nicht mehr die beiden Eliten (mächtige Reiche und gewählte Volksvertreter) verantwortlich, sondern letztlich niemand. Das bedeutet aber, dass sich die Gewählten aus der Verantwortung stehlen und mit der Elite der mächtigen Reichen verschmelzen. Das führt zu der von Ina von Wiese beklagten Arroganz der Mächtigen, die dem Populismus den Weg bereitet. Zugleich verschärft sich die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche, für die die Gewählten Politik machen.

Äußeres Anzeichen dieser Entwicklung ist, dass die in der Aufklärung entstandenen Kategorien "recht und links" aufgegeben werden und man sich selbst als Mitte der Gesellschaft darstellt und begreift (Tony Blair, Gerhard Schroeder, Angela Merkel, Emmanuel Macron).

Was bedeutet "links"? Die Aufklärung meinte: Mit links wollen wir eine Eintreten für einen sozialen Wandel in Richtung Gleichheit - politisch, wirtschaftlich oder sozial - bezeichnen." "Links ist, wer sich für die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen einsetzt und für eine demokratische Einhegung der Macht."

Rechts ist demnach die Unterstützung einer mehr oder weniger hierarchischen Gesellschaftsordnung und eine Gegnerschaft zu Veränderungen in Richtung Gleichheit. Rechts ist, "wer die jeweiligen Zentren der Macht (z. B. Monarchie, ökonomische Eliten) und die Strukturen, auf denen diese Macht basiert (z. B. Kirche, Kolonialismus, Sklaverei, Konzernkapitalismus) zu stabilisieren und zu erhalten sucht."

So betrachtet ist die Ablehnung von Links und Rechts und ihr Ersatz durch eine verkündete und angestrebte Mitte, eine Form von Extremismus, der hinter die Aufklärung zurück fällt.

Mausfeld macht noch auf eine weitere Entwicklung aufmerksam: Ungefähr sei 1970 wird von der neuen "Mitte", der Raum, in dem Debatten stattfinden sollen, immer weiter eingeschränkt (Political correctness.). Das bedeutet, dass Lösungen für Probleme, die sich nicht in diesem verengten Raum finden, nicht mehr zugänglich sind. Dazu gehören auch die Ideale der Aufklärung! Statt dessen wird "Alternativ-losigkeit" verkündet. Kein Wunder, wenn sich Populisten als "Alternative" bezeichnen und damit Erfolg haben.

Schaut man sich die Dominanz der Wirtschaft an, die keineswegs demokratisch ausgestaltet ist, das Versagen der Presse als Lieferant aller wesentlichen Informationen, sowie die Verschmelzung von Parteien und konservativen Machteliten, dann ist das Erstarren der Populisten fast zwangsläufig. Nimmt man das Wahlergebnis im Bund hinzu, das neben den Populisten jene bevorzugt, die einen großen Teil der Entwicklung zu verantworten haben, dann muss man befürchten, dass die Demokratie verliert und die Populisten sich die Macht aneignen werden, wie man das in vielen Ländern (v. a. USA) beobachten kann.